

Beschluss der Mitgliederversammlung
am 10.04.2013

Wiesbaden, 11. April 2013

Positionspapier des Kreisverbandes der GRÜNEN Wiesbaden

10 Punkte für das Zusammenleben mit den US-Streitkräften in Wiesbaden

Friedenspolitik ist eine der Wurzeln der GRÜNEN, und bis heute sind die GRÜNEN militärischen Einsätzen gegenüber kritisch eingestellt und stehen für Gewaltfreiheit. Die GRÜNEN bekennen sich zum Grundsatz der Schutzverantwortung ("Responsibility to protect"), die nach Ausschöpfung aller friedlichen, diplomatischen Möglichkeiten auch den Einsatz von militärischer Gewalt als allerletztem Mittel zum Schutz der Bevölkerung vor Völkermord, Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und ethnischen Säuberungen ermöglicht. Der Einsatz militärischer Mittel ist immer von Übel, auch wenn wir wissen, dass auf dessen Unterlassung mitunter noch größeres Übel folgen kann.

Vor diesem sensiblen Hintergrund möchten die GRÜNEN in Wiesbaden die Beziehungen zwischen den US-Streitkräften und der Stadt Wiesbaden weiterentwickeln. Mit dem Umzug des Hauptquartiers von Heidelberg nach Wiesbaden wird sich die Zahl der Amerikaner in Wiesbaden auf ca. 20.000 Menschen deutlich erhöhen. Damit steigt auch der Bedarf nach Abstimmung und dem Ausgleich von Interessen.

Wir sind an einem freundschaftlichen und kooperativen Zusammenleben aller Gruppen der Stadt Wiesbaden interessiert - dies gilt natürlich auch für die Angehörigen der US Army, die hier stationiert sind. Grundsätzlich heißen die GRÜNEN in Wiesbaden die Menschen, die für die US-Streitkräfte arbeiten, deswegen hierher kommen und häufig danach sogar hier bleiben, herzlich willkommen. Wir wünschen uns Frieden und Entwicklung zum beiderseitigen Nutzen für unsere Stadt und für die Welt.

Die GRÜNEN repräsentieren einen wichtigen Teil der Bevölkerung, der besonders sensibel gegenüber Umweltzerstörung, Lärmbelastung und Energieverschwendung ist. Nun entsteht am Rande unserer Stadt ein Militärstützpunkt in der Größe einer Kleinstadt, der von der übrigen Bevölkerung weitgehend abgeschottet ist, nicht nur einen Flugplatz mit den damit verbundenen Belastungen, sondern auch ein Geheimdienstzentrum beherbergt und bei dem der politische und rechtliche Spielraum für einen Interessenausgleich sehr viel geringer ist als in anderen Bereichen des Zusammenlebens. Wir sehen

ein Konfliktpotential, dem wir durch geeignete Maßnahmen insbesondere durch frühzeitige Information und Kommunikation begegnen möchten.

Der Kreisverband der GRÜNEN beschließt daher folgende 10 Punkte, die ein freundschaftliches und kooperatives Miteinander fördern sollen. Im Sinne einer Leitlinie werden die GRÜNEN **auf allen Ebenen** deren Umsetzung vorantreiben, wobei als Grundhaltung und Motivation für alle Aktivitäten in Richtung eines friedlichen, freien und verantwortlichen Zusammenlebens mit den Amerikanern die Allgemeinen Erklärung der Menschenpflichten (InterAction Council <http://interactioncouncil.org/a-universal-declaration-of-human-responsibilities>) dient.

10 Punkte-Programm

1. Auf allen politischen Ebenen soll darauf hin gewirkt werden, **Bau- und Planungsvorhaben der US-Streitkräfte nach den im deutschen Recht** üblichen Standards abzuwickeln. Sonderrechte, die z.B. enteignungsgleiche Eingriffe über das Landesbeschaffungsgesetz von 1957 ermöglichen, sind abzubauen.
2. Angestrebt wird eine **umfassende, gegenseitige und öffentlich zugängliche Information** bei allen Landesbeschaffungs- und Bauvorhaben mit deren Auswirkungen auf Mensch und Natur, insbesondere bei Flächenverbrauch und Baumfällungen. Das bisher noch nicht vorgesehene Anhörungsrecht der Gemeinde und der Betroffenen im geltenden Landesbeschaffungsgesetz wird auf freiwilliger Basis gewährt.
3. Ein **Deutsch-Amerikanisches Bürgerbüro**, das dem Oberbürgermeister von Wiesbaden direkt unterstellt ist, wird für die Verwaltung, kontinuierliche Fortentwicklung und Regelung aller Belange des deutsch-amerikanischen Zusammenlebens zuständig sein. Bereits bestehende Bürgerinitiativen und Freundschaftsvereine sollen durch das Bürgerbüro aktiv unterstützt werden. Innerhalb des Bürgerbüros wird ein **Runder Tisch** der Lösung von Konflikten dienen; der bisherige Deutsch-Amerikanische Ausschuss wird in ihm aufgehen. Der Runde Tisch kann von BürgerInnen beider Seiten angerufen werden und soll niedrigschwellig erreichbar sein. Die gewählten örtlichen VertreterInnen z.B. in den Ortsbeiräten der betroffenen Stadtteile sind in geeigneter Weise frühzeitig einzubeziehen, haben eine beratende Funktion und sind bei Entscheidungen zu hören.
4. Das **gegenseitige Verständnis** über Kultur, Gesellschaft und Traditionen sowie Sport und Schule soll aktiv gefördert werden. Dazu gehören als besondere Schwerpunkte auch Themenfelder wie Ethik, die vielfältigen Religionen, Erziehung und Friedenspolitik. Die enge Zusammenarbeit mit dem Army Community Service ist anzustreben.
5. Die **Lärm- und Verkehrsbelastung** vor allem durch zusätzliche Flugbewegungen insbesondere in Erbenheim, Nordenstadt, Delkenheim, Biebrich und Bierstadt soll u.a. durch ein striktes Nachtflugverbot von 22 bis 6 Uhr minimiert werden. Innerhalb des Bürgerbüros wird eine zentrale Beschwerdestelle eingerichtet, deren Arbeit und Ergebnisse im Internet veröffentlicht werden. Beschwerden sind individuell zu prüfen und nicht nur pauschal zu beantworten. Auf die Einhaltung der Flugrouten und der Mindestabstände zu Wohngebieten und sensiblen Industrieanlagen gem. Militärischem Luftfahrthandbuch wird auch innerhalb der Kontrollzone bestanden. Eine unabhängige Studie soll zusätzlich das Risikopotential für Überflüge des Industriegeländes InfraServ ermitteln und Empfehlungen zur Minimierung der Gefahren ausarbeiten. Die Flugkarten und die Aufzeichnung von Flugspuren sind hinsichtlich Genauigkeit und Aktualität zu optimieren, z.B. indem der Einsatz von

Transpondern bei allen Flügen vom Wiesbadener Flugplatz aus grundsätzlich vorgeschrieben wird.

6. In den Beratungen mit der US-Verwaltung soll darauf hingewirkt werden, jede Form von **Umweltverschmutzung und –zerstörung** zu minimieren. Die Angehörigen der Streitkräfte sollen dafür gewonnen werden, Energie zu sparen und auf nachhaltigen Konsum zu achten. Mülltrennung und –entsorgung wird gem. den Vorgaben des geltenden deutschen Abfallrechts umgesetzt.
7. Alle **personellen, baulichen und organisatorischen Aufwände und Kosten**, die im Zusammenhang mit den US-Streitkräften in Wiesbaden entstehen, sollen in einem jährlichen Bericht zusammengefasst, den sich damit befassenden Gremien vorgelegt und transparent behandelt werden.
8. Bei Beschaffungsmaßnahmen sind, im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten, **lokale und regionale Unternehmen** bevorzugt zu behandeln. Lokale Produkte sollen bei den Amerikanern bekannt gemacht und deren Erwerb gefördert werden.
9. Gemäß dem Verursacherprinzip und nicht zu Lasten der SteuerzahlerInnen sind alle **(Umwelt-) Schäden**, die während der Stationierung entstehen, zu beseitigen oder auszugleichen. Regelmäßige Kontrollen der Böden und des Grundwassers sollen Schäden frühzeitig aufdecken, um nach Rückgabe des Grund und Bodens an den Bund die Kosten der Altlastensanierung zu minimieren.
10. Aufgrund der zusätzlichen Nachfrage der US-Armee nach rund 700 Wohnungen im Umkreis von Wiesbaden und des drohenden Anstiegs des Mietpreisspiegels ist die Stadt besonders in der Pflicht, die Schaffung von **bezahlbarem Wohnraum** zu intensivieren und die Privatisierung von sozial gebundenen Wohnungen zu stoppen.

Wiesbaden, 10.04.2013,

vorgelegt u.a. von Konny Küpper und Andreas Romppel